

Antragssteller: SPD Ortsverein Wehlheiden

Adressaten: SPD Bezirksparteitag, SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag

Betreff: Neuausrichtung der SPD

Der Unterbezirksparteitag / die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Dem laut SPD-Parteibeschluss notwendigen inhaltlichen und organisatorischen Neuaufstellungsprozess fehlen bisher die Konturen, sowohl programmatisch als auch strukturell und personell. Wir brauchen deshalb von der Ebene der OV's über die UB's bis hin zur Bundespartei Kommissionen, die diesen Prozess mit Inhalten füllen und sich dabei an dem orientieren, was für die große Mehrheit der Menschen am dringendsten und darüber hinaus perspektivisch am nötigsten politisch auf den Weg gebracht werden muss.

Diese Kommissionen, die offen für alle Mitglieder sein müssen, sollen das Gerüst innerhalb der SPD entwickeln, um Richtungsänderungen der bisherigen Politik voranzubringen, die für die Menschen in beruflicher Beschäftigung und im Geflecht der Sozial- und Bildungssysteme spürbare Erfolge bringen und zwar mittel- und langfristig.

Begründung:

Statt die programmatische Linie der Ex-Regierungen H. Schmidt und G. Schröder fortzusetzen, muss sich die Partei wieder in die Traditionen von August Bebel und Willy Brandt stellen. W. Brandt hat damals mit seiner Reformpolitik junge Generationen mitgerissen und so die SPD mehrheitsfähig gemacht.

Andreas als damals verkörpert die SPD heute keine überzeugende Alternative zu den übrigen Parteien, was die verheerenden Wahlergebnisse zeigen.

Was sie braucht, sind Inhalte mit fortschrittlichen Ideen und neue Köpfe, die eine politische Aufbruchstimmung verbreiten.

Nehmen wir das Bildungswesen als zentralen Punkt, welches im Zeitalter des Neoliberalismus durch eine zunehmende Spaltung in verwahrloste öffentliche Schulen für die vielen und staatliche subventionierten Bildungsoasen für Wenige daherkommt.

Dieser Prozess muss gestoppt werden.

Ein Hinweis in diesem Zusammenhang: Mit einer 0,5%igen Steuer auf Vermögen könnte die Zahl der Lehrkräfte auf das Niveau von Finnland oder Luxemburg gebracht werden.

Also, was wir brauchen: eine deutliche Bildungsexpansion, einen kommunalen Wohnungsbau, eine „echte“ Mietpreisbremse, eine Bodenrechtsreform, eine Agrarwende und real Schritte zum Klimaschutz. Dies wären systemüberwindende Reformen, die den Raum der öffentlichen Güter und der Daseinsvorsorge erweitern und alles, was ein gutes Leben sichert, dem Markt entziehen würde. Ein sozusagen investierender, aktiver Staat wäre eine epochale Antwort auf eine Wirtschaft im Neoliberalismus, deren Dynamik das Leben der Einzelnen zunehmend unsicher macht. An dieser Stelle wären wir bei der Parole der alten Sozialdemokratie angelangt, nämlich den Zukunftsstaat zu schaffen.

Ganz im Sinne von Parlamentariern wie A. Bebel oder W. Brandt, die diese Visionen konkret dargestellt und als motivierenden Horizont des täglichen Handelns begriffen und dies nicht nur im „Kurzfristdenken“ der heutigen Zeit von einer Wahlperiode zur nächsten letztlich untergehen lassen. Die SPD von heute muss also den Versuch wagen, auch mit neuen Köpfen grundsätzliche

Richtungsänderungen im o.g. Sinne anzupacken. Das heißt aber auch, dass mit der Generation Schröder solche Politikfelder eher nicht umzusetzen sind. Wer meint, dies sei alles in der jetzigen Zeit sehr unrealistisch, dem sei mit B. Brecht gesagt, dass „Umwälzungen nur in Sackgassen stattfinden“.